

Stadt Heidelberg

Drucksache:
0116/2018/IV

Datum:
02.07.2018

Federführung:
Dezernat I, Referat des Oberbürgermeisters

Beteiligung:
Dezernat I, Amt für Öffentlichkeitsarbeit
Dezernat I, Personal und Organisationsamt
Dezernat II, Amt für Stadtentwicklung und Statistik
Dezernat V, Kämmereiamt

Betreff:

**Bewerbung der Stadt Heidelberg im Rahmen des
Förderaufrufs "Gemeinden, Städte und Landkreise 4.0
- Future Communities 2018" des Ministeriums für
Inneres, Digitalisierung und Migration Baden-
Württemberg**

Informationsvorlage

Beratungsfolge:

Gremium:	Sitzungstermin:	Behandlung:	Kenntnis genommen:	Handzeichen:
Haupt- und Finanzausschuss	11.07.2018	Ö	() ja () nein () ohne	
Gemeinderat	24.07.2018	Ö	() ja () nein () ohne	

Zusammenfassung der Information:

Der Haupt- und Finanzausschuss und der Gemeinderat nehmen die Inhalte der Informationsvorlage zur Kenntnis.

Finanzielle Auswirkungen:

Das Land fördert Maßnahmen von Kommunen oder Landkreisen, welche sich der baden-württembergischen Digitalisierungsstrategie digital@bw zuordnen lassen, mit maximal 100.000 Euro und bis zu 50 Prozent der förderfähigen Kosten über einen Projektzeitraum von 10 Monaten. Die Verwaltung plant, in Zusammenarbeit mit verschiedenen externen Kooperationspartnern eine Pilotlösung zu etablieren, welche auch auf andere Kommunen übertragbar ist.

Im Falle einer Förderzusage startet das eingereichte Projekt voraussichtlich im 1. Quartal 2019. In Abhängigkeit von der gewährten Förderung ist der tatsächliche Projektumfang zu definieren, der notwendige finanzielle Gesamtbedarf der Stadt Heidelberg zu quantifizieren und dessen Finanzierung sicherzustellen.

Zusammenfassung der Begründung:

Die Informationsvorlage gibt einen Kurzüberblick über die geplante Bewerbung der Stadt Heidelberg im Rahmen des Förderaufrufs „Gemeinden, Städte und Landkreise 4.0 – Future Communities 2018“ des Ministeriums für Inneres, Digitalisierung und Migration Baden-Württemberg.

Begründung:

1. Ausgangslage

Mit der Ausschreibung „Gemeinden, Städte und Landkreise 4.0 – Future Communities 2018“ verfolgt das Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration das Ziel, die Attraktivität der Kommunen für die Bürgerinnen und Bürger zu erhalten, den Standort Baden-Württemberg zu stärken und die Lebensqualität der hier lebenden Menschen zu verbessern. Gefördert werden dabei insbesondere solche Maßnahmen, die sich zumindest einem oder mehreren Schwerpunkt- oder Querschnittsbereichen der aktuellen Digitalisierungsstrategie digital@bw des Landes zuordnen lassen. Weitere Bewertungskriterien sind unter anderem der Grad der Innovation und der Umsetzbarkeit, die Zukunftsorientierung sowie der erlebbare Mehrwert für die Bürgerinnen und Bürger und die öffentliche Sichtbarkeit des eingereichten Modellvorhabens.

Nach Prüfung der formalen Rahmenbedingungen und nach Abwägung der Erfolgsaussichten entlang der baden-württembergischen Digitalisierungsstrategie hat sich die Stadt Heidelberg für einen Projektantrag unter dem Schwerpunktthema „Die Zukunft von Kommunen und Verwaltung ist digital“ in Verbindung mit dem Thema „Lernen@bw: Bildung und Weiterbildung in Zeiten der Digitalisierung“ entschieden. Es ist beabsichtigt, sich an der Ausschreibung zu beteiligen.

Im Rahmen der zweiten Ausschreibungsrunde des Förderprogramms stehen insgesamt 1 Million Euro zur Verfügung. Für Heidelberg könnte der maximale Zuschussbetrag 100.000 Euro und bis zu 50 Prozent der förderfähigen Kosten betragen. Der Eigenanteil beträgt somit 50 Prozent. Der Projektzeitraum ist auf 10 Monate angelegt, Bewerbungsfrist ist der 31.07.2018.

2. Aktueller Sachstand und weiteres Vorgehen

Die Projektidee eines neuen **Transparenz- und Beteiligungsportals** fügt sich nahtlos in die bisherigen Bemühungen der Stadt Heidelberg auf dem Weg hin zur Digitalen Stadt. Dabei sollen nicht nur die internen Verwaltungsabläufe effizienter gestaltet und kommunale Dienstleistungen einfacher verfügbar werden. Ziel ist es auch, das Verwaltungshandeln und politische Entscheidungsprozesse künftig noch transparenter zu gestalten und damit die politische Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger zu verbessern.

In Ergänzung des bereits bestehenden umfangreichen Online-Angebots unter www.heidelberg.de könnte das neue Portal die verfügbaren Informationen und Angebote aus den Bereichen Kommunalpolitik und Bürgerbeteiligung sinnvoll zusammenführen oder verknüpfen und diese durch zusätzliche neue Bausteine und Funktionen ergänzen. Hauptanliegen muss es dabei sein, den Informationszugang für die Bürgerinnen und Bürger insgesamt noch einfacher und übersichtlicher zu gestalten. Ein Aufbau von Doppelstrukturen soll vermieden werden.

Ein zentraler Bestandteil der Bewerbung ist die Ausstattung des bestehenden Bürgerinformationssystems der Stadt Heidelberg mit einem **neuen Front-End als digitalem Einstieg** in die Heidelberger Kommunalpolitik. Es soll den Zugriff auf Vorlagen, Sitzungstermine oder weitere Informationen künftig noch einfacher und übersichtlicher gestalten. Darüber hinaus ist unter anderem eine Verknüpfung von Gremienvorlagen mit geografischen (stadtteilbezogenen) Daten geplant, die mittels Kartenlösung auch eine grafische Sichtbarmachung von Entscheidungsprozessen im Heidelberger Stadtgebiet ermöglicht. Durch neu gestaltete Seiten und Funktionen soll auch die digitale Sichtbarkeit der Heidelberger Bezirksbeiräte deutlich gestärkt und verbessert werden. Ein ergänzendes Angebot unter der Überschrift „**So funktioniert Kommunalpolitik**“ könnte Bürgerinnen und Bürger zudem in Form von niederschweligen Erklär-Videos, Texten, Glossaren oder weiteren interaktiven Online-Angeboten über Kommunalpolitik informieren und damit stärkeres Interesse an kommunalpolitischen Fragen wecken.

Es soll geprüft werden, wie das bestehende digitale **Angebot der Bürgerbeteiligung** und der **Vorhabenliste** mit diesem neuen Portal und seinen Angeboten verknüpft und ob dieses gegebenenfalls weiter ausgebaut werden kann. Dazu könnte insbesondere eine Verknüpfung der Vorhabenliste mit dem Bürgerinformationssystem gehören. Vorgesehen ist daneben ein neu zu entwickelndes **Tool zur zentralen Einreichung** sowie zum internen Management **von Anträgen gemäß Landesinformationsfreiheitsgesetz (LIFG)**. Die Integration weiterer Bestandteile wird im Zuge der Antragsstellung geprüft.

Die Bewerbung soll entsprechend ausgearbeitet und fristgerecht beim Land eingereicht werden. Parallel dazu werden bilaterale Gespräche mit möglichen Kooperationspartnern wie der Open Knowledge Foundation Deutschland e.V. oder der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg mit dem Ziel geführt, diese an der möglichen Umsetzung der einzelnen Projektbestandteile zu beteiligen.

Mit einer Bekanntgabe der Gewinner-Kommunen ist voraussichtlich gegen Ende 2018 zu rechnen. Sollte die Stadt Heidelberg den Zuschlag für die von ihr eingereichte Projektidee erhalten, werden die gemeinderätlichen Gremien zeitnah im Zuge einer erneuten Vorlage zum weiteren Vorgehen und den auf die Stadt Heidelberg entfallenden Kosten einschließlich deren Finanzierung beteiligt.

Prüfung der Nachhaltigkeit der Maßnahme in Bezug auf die Ziele des Stadtentwicklungsplanes / der Lokalen Agenda Heidelberg

1. Betroffene Ziele des Stadtentwicklungsplanes

Nummer/n: (Codierung)	+ / - berührt:	Ziel/e:
AB 3	+	Standortvorteile als Wissenschaftsstadt ausbauen Begründung: Die Bewerbung unterstreicht den Anspruch der Stadt Vorreiter in den Bereichen Bildung und Digitalisierung zu sein. Heidelberg überzeugt durch gelebte Innovationskultur im digitalen Transformationsprozess als zukunftsorientierte und moderne Stadt. Durch den Einsatz innovativer Informations- und Weiterbildungsangebote steigt die Lebensqualität für Bürgerinnen und Bürger.
QU 3	+	Bürger/innenbeteiligung und Dialogkultur fördern Begründung: Ziel der Bewerbung ist es, Verwaltungshandeln und politische Entscheidungsprozesse noch transparenter zu gestalten und damit die politische Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger zu verbessern. Dazu werden bestehende Informationen und Angebote sinnvoll zusammengeführt oder verknüpft und durch zusätzliche neue Funktionen ergänzt.

2. Kritische Abwägung / Erläuterungen zu Zielkonflikten:

Keine

gezeichnet
Prof. Dr. Eckart Würzner

Anlagen zur Drucksache:

Nummer:	Bezeichnung
01	Ausschreibung „Gemeinden, Städte und Landkreise 4.0 – Future Communities 2018“